



## **Jeffrey Sachs kritisiert US-Machtübernahme in Venezuela und Festnahme Maduros bei historischer UN-Sitzung**

*Die folgenden Ausführungen wurden von Jeffrey D. Sachs, Präsident des UN Sustainable Development Solutions Network und Direktor des Center for Sustainable Development an der [Columbia University](#), während einer Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats am Montag, dem 5. Januar 2026, in [New York City](#) vorgestellt.*

---

**Wir haben kürzlich unsere Crowdfunding-Kampagne gestartet, damit wir unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus auch im Jahr 2026 fortsetzen können.**  
**Unterstützen Sie uns noch heute:**

**BANKKONTO:**

Kontoinhaber: acTVism München e.V.  
Bank: GLS Bank  
IBAN: DE89430609678224073600  
BIC: GENODEM1GLS

**PAYPAL:**

E-Mail: [PayPal@acTVism.org](mailto:PayPal@acTVism.org)  
g

**PATREON:**

<https://www.patreon.com/acTVism>  
[m](#)

**BETTERPLACE:**

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar.  
Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: [info@acTVism.org](mailto:info@acTVism.org)

---

Die Frage, mit der sich der Rat heute befasst, betrifft nicht den Charakter der Regierung [Venezuelas](#).

Die Frage ist, ob ein Mitgliedstaat – durch Gewalt, Zwang oder wirtschaftliche Strangulierung – das Recht hat, über die politische Zukunft Venezuelas zu entscheiden oder Kontrolle über dessen Angelegenheiten auszuüben.

Diese Frage betrifft unmittelbar Artikel 2 Absatz 4 der Charta der [Vereinten Nationen](#), der die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit eines Staates verbietet.

Der Rat muss entscheiden, ob dieses Verbot aufrechterhalten oder aufgegeben werden soll.

Eine Aufgabe hätte schwerwiegende Folgen.

## **Hintergrund und Kontext**

Seit 1947 hat die Außenpolitik der [Vereinigten Staaten](#) wiederholt Gewalt, verdeckte Operationen und politische Manipulation eingesetzt, um in anderen Ländern einen Regimewechsel herbeizuführen. Dies ist eine sorgfältig dokumentierte historische Tatsache. In ihrem Buch „*Covert Regime Change*“ (2018) dokumentiert die Politikwissenschaftlerin Lindsey O’Rourke allein zwischen 1947 und 1989 70 versuchte Regimewchseloperationen der USA.

Diese Praktiken endeten nicht mit dem [Kalten Krieg](#). Seit 1989 gehören zu den wichtigsten Regimewchseloperationen der Vereinigten Staaten, die ohne Genehmigung des Sicherheitsrats durchgeführt wurden, unter anderem: Irak (2003), [Libyen](#) (2011), [Syrien](#) (ab 2011), [Honduras](#) (2009), [Ukraine](#) (2014) und Venezuela (ab 2002).

Die angewandten Methoden sind etabliert und gut dokumentiert. Dazu gehören offene Kriegsführung, verdeckte Geheimdienstoperationen, Anstiftung zu Unruhen, Unterstützung bewaffneter Gruppen, Manipulation der Massen- und [sozialen Medien](#), Bestechung von Militär- und Zivilbeamten, gezielte Attentate, Operationen unter falscher Flagge und Wirtschaftskrieg mit dem Ziel, das zivile Leben zum Erliegen zu bringen.

Diese Maßnahmen sind gemäß der UN-Charta illegal und führen in der Regel zu anhaltender Gewalt, tödlichen Konflikten, politischer Instabilität und großem Leid der Zivilbevölkerung.

## **Der Fall Venezuela**

Die jüngste Bilanz der Vereinigten Staaten in Bezug auf Venezuela ist eindeutig.

Im April 2002 wussten die Vereinigten Staaten von einem Putschversuch gegen die venezolanische Regierung und billigten diesen.

In den 2010er Jahren finanzierten die Vereinigten Staaten zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich aktiv an regierungsfeindlichen [Protesten beteiligten](#), insbesondere im Jahr 2014. Als die Regierung hart gegen die Proteste vorging, folgten die USA mit einer Reihe von [Sanktionen](#). Im Jahr 2015 erklärte Präsident Barrack Obama Venezuela zu einer „ungewöhnlichen und außerordentlichen Bedrohung für die nationale Sicherheit und Außenpolitik der Vereinigten Staaten“.

Im Jahr 2017 diskutierte Präsident Trump bei einem Abendessen mit lateinamerikanischen Staats- und Regierungschefs am Rande der UN-Generalversammlung offen die Option einer Invasion der USA in Venezuela, um die Regierung zu stürzen.

Von 2017 bis 2020 verhängten die USA umfassende Sanktionen gegen die staatliche [Ölgesellschaft](#). Die Ölproduktion sank von 2016 bis 2020 um 75 Prozent, und das reale Pro-Kopf-BIP (KKP) ging um 62 Prozent zurück.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat wiederholt mit überwältigender Mehrheit gegen solche einseitigen Zwangsmaßnahmen gestimmt. Nach [internationalem Recht](#) ist nur der Sicherheitsrat befugt, solche Sanktionen zu verhängen.

Am 23. Januar 2019 haben die Vereinigten Staaten Juan Guaidó einseitig als „Interimspräsidenten“ Venezuelas anerkannt und am 28. Januar 2019 venezolanische Staatsvermögen im Ausland in Höhe von rund 7 Milliarden US-Dollar eingefroren und Guaidó die Verfügungsgewalt über bestimmte Vermögenswerte übertragen.

Diese Maßnahmen sind Teil der seit mehr als zwei Jahrzehnten andauernden Bemühungen der Vereinigten Staaten um einen Regimewechsel.

## **Jüngste globale Eskalation der Vereinigten Staaten**

Im vergangenen Jahr haben die Vereinigten Staaten Bombenangriffe in sieben Ländern durchgeführt, von denen keiner vom Sicherheitsrat genehmigt wurde und keiner im Rahmen der Charta als rechtmäßige Selbstverteidigung durchgeführt wurde. Zu den Zielstaaten gehören Iran, Irak, [Nigeria](#), [Somalia](#), Syrien, [Jemen](#) und nun auch Venezuela.

Im vergangenen Monat hat Präsident Trump direkte Drohungen gegen mindestens sechs UN-Mitgliedstaaten ausgesprochen, darunter Kolumbien, [Dänemark](#), Iran, Mexiko, Nigeria und natürlich Venezuela. Diese Drohungen sind in Anhang I dieser Erklärung zusammengefasst.

## **Was steht heute auf dem Spiel?**

Die Mitglieder des Rates sind nicht dazu aufgerufen, über Nicolás Maduro zu urteilen.

Sie sind nicht dazu aufgerufen, zu beurteilen, ob der jüngste Angriff der Vereinigten Staaten und die anhaltende Seeblockade Venezuelas zu Freiheit oder Unterwerfung führen.

Die Mitglieder des Rates sind dazu aufgerufen, das Völkerrecht und insbesondere die Charta der Vereinten Nationen zu verteidigen.

Die realistische Schule der internationalen Beziehungen, die am brillantesten von John Mearsheimer formuliert wurde, beschreibt den Zustand der internationalen Anarchie treffend als „die Tragödie der Großmachtpolitik“. Der Realismus ist daher eine Beschreibung der Geopolitik, keine Lösung für den Frieden. Seine eigene Schlussfolgerung lautet, dass internationale Anarchie zu Tragödien führt.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Völkerbund gegründet, um die Tragödie durch die Anwendung des Völkerrechts zu beenden. Doch die führenden Nationen der Welt versäumten es in den 1930er Jahren, das Völkerrecht zu verteidigen, was zu einem erneuten Weltkrieg führte.

Aus dieser Katastrophe gingen die Vereinten Nationen hervor, als zweite große Anstrengung der Menschheit, das Völkerrecht über die Anarchie zu stellen. In den Worten der Charta wurde die UNO gegründet, „*um künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal in unserem Leben unermessliches Leid über die Menschheit gebracht hat*“.

Angesichts der Tatsache, dass wir uns im Atomzeitalter befinden, darf ein Scheitern nicht wiederholt werden. Die Menschheit würde untergehen. Es gäbe keine dritte Chance.

## **Vom Sicherheitsrat geforderte Maßnahmen**

Um seinen Verpflichtungen gemäß der Charta nachzukommen, sollte der Sicherheitsrat unverzüglich folgende Maßnahmen beschließen:

1. Die Vereinigten Staaten müssen unverzüglich alle expliziten und impliziten Drohungen oder Gewaltanwendungen gegen Venezuela einstellen und unterlassen.
2. Die Vereinigten Staaten beenden ihre Seeblockade und alle damit verbundenen militärischen Zwangsmaßnahmen, die ohne Genehmigung des Sicherheitsrats durchgeführt wurden.
3. Die Vereinigten Staaten ziehen ihre Streitkräfte unverzüglich aus Venezuela und aus dem Umkreis Venezuelas ab, einschließlich aller geheimdienstlichen, marinen, luftwaffentechnischen und sonstigen vor Ort stationierten Mittel, die zu Zwangsmaßnahmen eingesetzt werden.

4. Venezuela hält sich an die Charta der Vereinten Nationen und an die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte geschützten [Menschenrechte](#).
5. Der Generalsekretär ernennt unverzüglich einen Sonderbeauftragten, der beauftragt ist, mit den relevanten venezolanischen und internationalen Akteuren in Kontakt zu treten und dem Sicherheitsrat innerhalb von vierzehn Tagen Empfehlungen im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen vorzulegen, und der Sicherheitsrat befasst sich weiterhin dringend mit dieser Angelegenheit.
6. Alle Mitgliedstaaten sehen in strikter Übereinstimmung mit der Charta von einseitigen Drohungen, Zwangsmaßnahmen oder bewaffneten Aktionen außerhalb der Zuständigkeit des Sicherheitsrats ab.

### **Zum Abschluss**

Herr Präsident, verehrte Mitglieder,

Frieden und das Überleben der Menschheit hängen davon ab, ob die Charta der Vereinten Nationen ein lebendiges Instrument des Völkerrechts bleibt oder in Bedeutungslosigkeit versinkt.

Das ist die Entscheidung, vor der dieser Rat heute steht.

Vielen Dank.

**ENDE**